

NIEDERSCHRIFT

über die 5. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	09.02.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	17.50 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Boller, Joachim
Stv Dreisbach, Jürgen
Stv Elter, Uwe
Stv Fries, Traute
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Köhl, Siegfried
Stv Moll, Ilona
Stv Mues, Gunter
Stv Panthöfer, Ulrich - für Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schulte, Werner
Stv Siebel, Helmut
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

II. Beratende Mitglieder:

Stv Walter, Klaus-Volker

III. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

Stv Katz, Reinhilde
Stv Vogler, Alfred

IV. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune

Städt. VD Mengel
Städt. OVR Kühn
VHS-Leiter Fels
VA Schneider
StAR Dorsch
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend war:

Stv Dr. Holzäpfel, Heinz

Zur Tagesordnung:

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses sind einverstanden mit der Erweiterung des öffentlichen Teils um die Punkte 3.1 und 11 sowie des nicht-öffentlichen Teils um Punkt 4.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (F.D.P.)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Walter bestimmt.

5. HFA 09.02.2000

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 01.12.1999, 15.12.1999 und 12.01.2000

Die Niederschriften werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

5. HFA 09.02.2000

3. Fragestunde

3.1 Auslastung der Hauptschulen in Siegen

Anfrage der F.D.P.-Fraktion vom 25.01.2000

Die Antwort von Herrn Dr. Rohr ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

5. HFA 09.02.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. HFA 09.02.2000

5. Umgestaltung von Stadtplätzen;

Einwohnerantrag nach § 25 GO NW „Ohne Grün ist alles grau“

Anregung gem. § 24 GO NW von

- Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, LV NW eV
- Deutscher Frauenring eV. Ortsring Siegen
- Interessen-Gemeinschaft Löhrrstraße
- Interessen-Gemeinschaft Poststraße

Vorlagenr. 201/00 A - Vorlage vom 21.01.2000

Herr Brune berichtet eingangs über die umfassenden und detaillierten Diskussionen der Ausschüsse.

Die SPD-Fraktion befürwortet den Vorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie, so Frau Fries, bedauert jedoch, dass entlang des Kornmarktes auf Baumpflanzungen verzichtet werden soll.

Herr Boller kritisiert, dass mit dem Verwaltungsvorschlag und den Empfehlungen der Ausschüsse dem Willen der den Einwohnerantrag unterstützenden Bürgerinnen und Bürger in keiner Weise Rechnung getragen wird. Die Reaktionen von Verwaltung und Politik auf eine solche Initiative zeigen, dass mehr Grün in der Innenstadt und die Gestaltung der Plätze nicht gewollt ist. Die dürftige Pflanzung kleiner Bäume wird lediglich als Alibi für den Verlust großer stadtbildprägender Bäume angeführt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert entgegen der politischen Mehrheit mehr Begrünung, da damit die Schadstoffbelastung in der Innenstadt reduziert und das Stadtklima positiv beeinflusst wird. Die zusammengefassten Vorschläge lehnt seine Fraktion nachdrücklich ab.

Herr Stötzel weist den Vorwurf zurück, dass verwaltungsseitig Begrünungsmaßnahmen abgelehnt werden. Er hält es auch nicht für gerechtfertigt, angesichts der großen Grünbereiche im Stadtgebiet von Alibigrün zu sprechen.

Herr Siebel teilt die Auffassung seines Vorredners und macht deutlich, dass die Begrünung von Plätzen und der Erhalt ihrer Funktion abzuwägen werden muss.

In diesem Zusammenhang erklärt er ausdrücklich zu Protokoll, dass er der geplanten Pflasterung der Straße „Kornmarkt“ angesichts der negativen Erfahrungen auf dem Bahnhofsvorplatz nicht zustimmt und nicht bereit ist, im Nachhinein die Verantwortung für Schäden zu übernehmen.

Herr Schiemer betont, dass sich der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie sehr detailliert aus seiner fachlichen Sicht mit der Thematik befasst und einen ergänzenden Vorschlag unterbreitet hat. Mangelnde Grünstattung kann seines Erachtens nur bei einer sehr eingeschränkten Sicht auf einzelne Plätze reklamiert werden, nicht aber bei einer Gesamtbetrachtung. Er wirbt dafür, der Empfehlung des Bauausschusses zum Markt/Kornmarkt und der Ergänzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie zu folgen.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlages):

Der Rat der Stadt Siegen bestätigt die Stellungnahme des Bürgermeisters zum Bürgerantrag nach § 25 GO NW und zu den Anregungen nach § 24 GO NW mit folgenden Ergänzungen:

1. Von einer Pflanzung von Bäumen entlang des Kornmarktes wird abgesehen.
Lediglich für den vorhandenen Baum im Einmündungsbereich Markt/Kornmarkt wird an gleicher Stelle eine Ersatzpflanzung vorgenommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens Ende des Jahres einen Sach-standsbericht abzugeben, in dem dem Rat und den zuständigen Fachausschüssen über die Ergebnisse der Einzelprüfungen und Umsetzung der von ihr gemachten Detailvorschläge berichtet wird.
3. Die Vorschläge der BUND-Studie zur weiteren Gestaltung Siegener Plätze sind dem Rat und den zuständigen Fachausschüssen zur weiteren Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

(1 Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
0 Enthaltungen)

5. HFA 09.02.2000

**6. Weiterbau der Autobahn A 4 zwischen Krombach und Hattenbach
- Stellungnahme der Stadt Siegen -**

Vorlagenr. 231/00 - Vorlage vom 11.01.2000

Die Studie zeigt, so Herr Kirchhöfer, dass jede Variante erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft zur Folge haben und die Zahl der Beteiligten groß sein wird. Da die Notwendigkeit der Verkehrsverbindung seines Erachtens unbestritten ist, sollte dann die leistungsfähigste Variante den Vorzug erhalten.

In der Studie vermisst er jedoch als Abwägungsmaterial konkretere Aussagen über die Beeinträchtigungen, die ein Ausbau der B 62 bzw. der B 508 mit sich bringen würde. Er schlägt vor, die Vorlage ohne Beschlussempfehlung weiterzuleiten.

Herr Mues plädiert dafür, ein Votum abzugeben. In den ausgiebigen Diskussionen wurden seines Erachtens neuen Gesichtspunkte angeführt. Es ist aber deutlich ge-worden, dass die gesamte Region den vordringlichen Bedarf für diese Verkehrs-verbinding artikulieren muss, um eine entsprechende Einplanung zu erreichen.

Herr Boller entgegnet, dass die Studie unzureichend ist und z. B. noch nicht einmal Aussagen über das konkrete Verkehrsaufkommen beinhaltet. Erfahrungsgemäß führt jede neue Straße zu zusätzlichem Verkehrsaufkommen. Der Weiterbau der

A 4 ist weder aus ökologischen noch aus ökonomischen Gründen zu vertreten und bedeutet eine Verschwendung von Steuergeldern. Als Gegenbeispiel nennt er das Landesprogramm zum Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs.

Herr Siebel weist darauf hin, dass die geographische Lage der Stadt Siegen und der Region in der Ost-West-Verbindung auch unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet werden muss. Die Blockierung des Weiterbaus der A 4 bedeutet nicht nur eine stärker werdende Verkehrsbelastung auf den vorhandenen Autobahnverbindungen sondern auch im Bereich der regionalen Ortsdurchfahrten

Zur Geschäftsordnung beantragt Herr Rothenpieler Schluss der Debatte.

Herr Stötzel teilt mit, dass noch Herr Boller und Herr Walter auf der Rednerliste stehen.

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte wird mehrheitlich mit 4 Gegenstimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlages):

Der Rat der Stadt Siegen fordert den Lückenschluss der A 4 auf ganzer Länge in die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplan als "Vordringlicher Bedarf" auf-

zunehmen und unverzüglich mit formellen Verfahren nach dem Bundesfernstrassen-gesetz für den Korridor C zu beginnen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

(2 Gegenstimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD,
0 Enthaltungen)

5. HFA 09.02.2000

7. Technologiestandort Siegen-Geisweid, Birlenbacher Straße

Vorlagenr. 230/00 - Vorlage vom 18.01.2000

Herr Kirchhöfer weist darauf hin, dass ggf. für Erweiterungen o. ä. in sehr kurzer Zeit die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen und die Stadt Siegen dann gefordert ist, ihren Beitrag zu leisten.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Weiterentwicklung des Technologiestand- ortes Siegen-Geisweid, Birlenbacher Straße, entsprechend der Vorlage und dem in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Liegen-schaften am 08.02.2000 vorgetragenen, ergänzenden Bericht der Geschäfts-führung der TZSI GmbH zu.

2. Weil die Angelegenheit keinen Aufschub duldet, beschließt der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen gemäß § 60 Abs. 1 GO NW im Wege der Dringlichkeit:

- I. Die Maßnahme "Errichtung des Kompetenzzentrums - Neue Produkte durch neue Werkstofftechnologien" soll umgesetzt werden.

Durch die Gesellschafter Kreis Siegen-Wittgenstein und Stadt Siegen wird sichergestellt, dass die Landeszuwendung nur für eine zweckentspre-chende Verwendung in Anspruch genommen und bei Durchführung der Maßnahme die Finanzierung des Eigenanteils der TZSI GmbH gesichert ist.

- II. Die Maßnahme "Erwerb, Umbau und Ausstattung des Weiterbildungszen-trums *Villa Hügel*" erfolgt auf der Grundlage der Bewilligungsbescheide vom 28.12.1999.

Als dem Vertreter der Stadt Siegen in der Gesellschafterversammlung der TZSI GmbH wird dem Bürgermeister Ermächtigung erteilt, entsprechend zu votieren.

3. Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 09.02.2000.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

5. HFA 09.02.2000

8. Änderung der Entgeltordnung für die Volkshochschule Siegen

Vorlagenr. 139/99 - Vorlage vom 11.11.1999

Herr Dr. Rohr verweist auf die vorgelegten unterschiedlichen Beschlussempfeh-lungen, bewertet diese in ihrer Auswirkung und hält fest, dass eine Änderung des Verwaltungsvorschlages zu einer Ausweitung des Defizits der VHS führt oder zusätzliche Mittel im Haushalt bereitgestellt werden müssten.

Die CDU-Fraktion vertritt die Auffassung, so Herr Mues, zum einen den Verwaltungs-vorschlag probeweise für ein Jahr umzusetzen. Zum anderen sollte die Verwaltung innerhalb eines halben Jahres die gesamte Thematik "Siegener Ausweis"

in allen Fachbereichen aufarbeiten und in den jeweiligen Fachausschüssen zur Diskussion stellen. Anschließend sind eine Zusammenfassung dieser Beratungen und ggf. notwendige Korrekturen im Haupt- und Finanzausschuss bzw. Rat zu beraten.

Herr Dr. Stötzel spricht die Empfehlung Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen an und macht deutlich, dass die finanziellen Auswirkungen gegenüber dem sehr wichtigen sozialpolitischen Instrumentarium "Siegener Ausweis" abgewogen werden müssen. Er betont, dass die Regelung ausschließlich Kurse im Bereich der Grundqualifizierung umfassen soll. Eine Reduzierung der Sozialkosten kann nur erreicht werden, wenn die Zahl der Sozialhilfeempfänger sinkt. Die kostengünstige Qualifizierung durch die VHS-Kurse ist dafür ein geeignetes Mittel. Die SPD-Fraktion wird sich daher dem Vorschlag der CDU-Fraktion nicht anschließen.

Herr Boller stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Stötzel grundsätzlich zu und macht deutlich, dass auch die Qualifizierung durch PC- und Sprachkurse den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt unterstützt. Für die von der Verwaltung vorgeschlagene Änderung sieht er keinen Bedarf und kann der Argumentation nicht folgen, dass damit Einnahmeausfälle verringert werden. Vielmehr sieht er die Gefahr, dass die Inhaber des Siegener Ausweises bei höheren Gebühren das Angebot gar nicht nutzen.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlages):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Die Entgeltordnung der VHS Siegen wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 1:

Inhaber/-innen des SIEGENER AUSWEISES erhalten auf alle Veranstaltungen gemäß § 3 Absatz 1 Ziffer 1 50% Ermäßigung.

Diese Regelung gilt ab dem 2. Semester 2000.

2. Die Änderung erfolgt probeweise für ein Jahr.

3. Die Verwaltung wird beauftragt,

- innerhalb von 6 Monaten über die Erfahrungen aller Verwaltungsbereiche mit dem Siegener Ausweis in den jeweils zuständigen Fachausschüssen zu berichten,
- bis Ende dieses Jahres auf Basis der Fachausschusss Diskussionen einen zusammenfassenden Bericht über den Siegener Ausweis und ggf. daraus folgende Änderungsnotwendigkeiten vorzulegen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

(3 Gegenstimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD,
2 Enthaltungen SPD)

5. HFA 09.02.2000

9. I. 33. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen- Eiseren

- II. Bebauungsplan Nr. 265 „Stimmerweg“;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung

Vorlagenr. 49/99 - Vorlage vom 01.10.1999

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- 1.1 die 33. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Erläuterungsbericht laut Anlage 1 und 3 der Vorlage,
- 1.2 den Bebauungsplan Nr. 265 "Stimmerweg" gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung,
- 1.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 265 "Stimmerweg" laut Anlage 4 der Vorlage.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür
(1 Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

5. HFA 09.02.2000

10. Bebauungsplan Nr. 265 „Stimmerweg“ im Stadtteil Siegen-Eisern;
hier: Anordnung der Umlegung

Vorlagenr. 63/99 - Vorlage vom 02.11.1999

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen ordnet für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 265 "Stimmerweg" gem. § 46 (1) BauGB in Verbindung mit § 45 BauGB die Umlegung an.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür
(1 Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

5. HFA 09.02.2000

11. Haus der Jugend - Musikwerkstatt

Vorlagenr. 265/00 - Vorlage vom 01.02.2000

Die SPD-Fraktion kann den Verwaltungsvorschlag nicht befürworten, so Herr Kirchhöfer, da er dem Vergleich mit dem Standort ehem. Hoesch-Gebäude nicht Stand hält. Es stellt sich z. B. die Frage, warum die dafür aufgezeigten finanziellen Aufwendungen an dem neuen Standort nicht erforderlich sind. Zudem ist dieser dem Jugendschutz nicht zuträglich, da sich in unmittelbarer Nachbarschaft zwei Gastronomiebetriebe befinden.

Herr Siebel erklärt, dass er zwar für das Hoesch-Gebäude gewesen sei, jedoch im Interesse der Jugendarbeit den Vorschlag nicht ablehne.

Herr Walter hält den neuen Standort für nicht sehr geeignet. Dennoch sollte die Musikwerkstatt dort vorübergehend eingerichtet werden, um die Einrichtung nicht zu gefährden und den Jugendlichen eine Perspektive aufzuzeigen.

Herr Boller hält den Verwaltungsvorschlag für die pragmatischste Lösung, nachdem der erste Standort nicht mehr zur Diskussion steht. Er fragt, ob der Umbau so recht-zeitig abgeschlossen werden kann, dass der Betrieb ohne Unterbrechung fortgeführt werden kann.

Herr Dr. Rohr hält fest, dass Umbaukosten dem erforderlichen Aufwand entsprechen. Die Verwaltung ist bemüht, die Arbeiten innerhalb von 6 Wochen abzuschließen und notfalls eine provisorische Lösung für einen übergangslosen Wechsel zu finden.

Herr Kirchhöfer regt an, angesichts des Bestrebens, den Betrieb der Musikwerk-

statt ohne zeitliche Unterbrechung fortzuführen, im Wege der Dringlichkeit zu entscheiden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, weil die Angelegenheit keinen Aufschub duldet, gemäß § 60 Absatz 1 GO NW:

Die Musikwerkstatt des Hauses der Jugend wird - bis zur Wiederherstellung des Hauses der Jugend an einem neuen Standort - vorübergehend in das Gebäude „An der Unterführung 6“ verlagert.

Die zur Herrichtung der Räumlichkeiten im Gebäude „An der Unterführung 6“ erforderlichen Mittel in Höhe von 27.500,00 DM müssen im Änderungsdienst für das Haushaltsjahr noch bereitgestellt werden.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

(4 Gegenstimmen SPD, 1 Enthaltung UWG)

5. HFA 09.02.2000